Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Kaden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit" und „Volk und Zeit" für einen halben Monat 1 M. Einzelnummer 10 Pf. **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261 und 12707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareillezeile 30 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 1,50 M., für auswärtige Anzeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Pf.

Nr. 235 | Dresden, Donnerstag den 8. Oktober 1925 | 36. Jahrg.

Deutschnationale Dolchstöße

Es ist kein Zweifel, daß die deutsche Regierungsdelegation in Locarno einen schweren Stand hat. Nicht so sehr wegen der Sache, die sie zu vertreten hat, oder wegen der Haltung ihrer Gegner, mit denen sie verhandeln will. Um so mehr aber deshalb, weil sie selbst so wenig wie irgend jemand in der Welt sicher weiß, wie viele Kräfte in der Heimat eigentlich hinter ihr stehen. Denn je weiter die Verhandlungen fortschreiten, desto eifriger wird das Bemühen der stärksten Regierungspartei, der Regierungsdelegation Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Der Chef dieser größten Regierungspartei, Graf Westarp, hat erst jetzt wieder in einer politischen Versammlung der Deutschnationalen „Forderungen" und „Vorbedingungen" formuliert, die angeblich von der deutschen Delegation in Locarno berücksichtigt werden müßten und ohne die an einen Vertragsabschluß nicht gedacht werden könne. Für die Verhandlungen müsse im Vordergrund stehen, daß „weder der Eintritt in den Völkerbund noch der Sicherheitspakt einen Verzicht auf deutsches Land und Volk ausdrücken oder bedeuten dürfe. Das müsse bindend erklärt und festgelegt, aber auch durch wirksame Kündbarkeit etwaiger Verpflichtungen gesichert sein".

Ganz auf dieselbe Tonart gestimmt ist die Haltung der deutschnationalen Presse, die es darauf angelegt zu haben scheint, den deutschen Unterhändlern in Locarno das Leben zu erschweren. Sicher weiß Westarp so gut wie etwa der Schwerindustrielle Hugenberg, der über ein System von Zeitungen selbstherrlich gebietet, daß der Abschluß eines Sicherheitspaktes im Westen den freiwilligen „Verzicht auf deutsches Land und Volk", nämlich auf das Elsaß, ausdrücklich einschließt. Wenn sie trotzdem, der eine in der Versammlung, der andre in seinen Blättern, lärmend die Forderung erheben, daß ein solcher Verzicht nicht ausgesprochen oder angedeutet werde, so handeln sie entweder bewußt unehrlich oder aber sie haben die Absicht, Stresemann noch in Locarno zum Sturz zu bringen.

Es wiederholt sich auch in diesem Falle die alte Erscheinung, daß die Nationalisten diesseits und jenseits der Grenzen sich gegenseitig die Flugbälle zuwerfen, mit denen sie dann ein erbauliches Spiel veranstalten. Nach einer Meldung des Pariser Matin hat Briand dem Vertreter dieses Blattes in einer persönlichen Unterredung erklärt, es „werde zu keinerlei Ueberraschungen in Locarno kommen, die Konferenz sei von langer Hand vorbereitet und Frankreich werde seine Haltung nicht ändern". Diese zur Beruhigung französischer Nationalisten bestimmte inhaltlose Redensart gibt nun der deutschnationalen Hugenberg-Presse Veranlassung, in großer Aufmachung gegen Briand zu polemisieren und ihm zu unterstellen, er wolle durch den Sicherheitspakt sich das Recht sichern, den Vertrag „in jedem ihm genehmen Augenblick von Rechts wegen mit den Waffen durchlöchern" zu dürfen. Und dann geht es im Brustton nationalistischer Entrüstung weiter: „Wir gestehen, daß wir die Geduld der deutschen Delegation bewundern, nach einem derartigen französischen Ansinnen überhaupt die Verhandlungen noch weiterzuführen."

Was mit diesen Schaumschlägereien beabsichtigt ist, mag der Himmel wissen. Die Unterhändler in Locarno, die fortwährend von einer „günstigen Atmosphäre" sprechen, werden wahrscheinlich über diese Heimstrategie verzweiflungsvoll die Hände über dem Kopf zusammenschlagen. In seiner Täglichen Rundschau läßt Stresemann versichern, man könne „zu unsrer Delegation wirklich das Vertrauen haben, daß sie vom festen Willen beseelt ist, die deutschen Forderungen durchzusetzen, auch auf die Gefahr einer Ergebnislosigkeit der Konferenz hin". Aber gerade deswegen sollte die heimische Agitation ihre Angriffe gegen die deutschen Delegierten unterlassen. Die „Kritik- und Zweifelsucht", von der sich manche nationalen Kreise noch ganz beherrschen ließen, müsse aufhören.

Wenn die deutschen Linksparteien, besonders die Sozialdemokratie, auch nur einen bescheidenen Teil der Schwierigkeiten machen würden, die jetzt von deutschnationaler Seite aufgetürmt werden, so würde zweifellos die ganze nationalistische Presse sich an moralischer Entrüstung übernehmen über den „Dolchstoß", der dort verübt würde. Da aber die Schwierigkeiten jetzt von deutschen Patentpatrioten zu dem ausgesprochenen Zweck gemacht werden, eine Verständigung zu hintertreiben, so wird dieser deutschnationale Dolchstoß von Stresemann nur als „Kritik- und Zweifelsucht" beschönigend umschrieben.

•

Unterredung zwischen Briand und Luther

Locarno, 7. Oktober. (Drahtb. unsres Sonderkorresp.)

Die offizielle Mittwochsitzung der Ministerkonferenz dauerte von 4 bis 5 Uhr. An ihr nahmen alle Hauptdelegierten teil. Amtlich wurde über die Sitzung folgendes mitgeteilt:

„In der heutigen Sitzung der Konferenz wurde zunächst die allgemeine Aussprache wieder aufgenommen und alsdann der Bericht der Rechtssachverständigen über die ihnen im Verlauf der ersten Sitzung übertragenen Redaktionsarbeiten entgegengenommen. Da neue Anträge gestellt wurden, ergab sich die Notwendigkeit einer neuen Betrauung des Juristenausschusses mit deren Studium. Es werde daher ein ergänzender Bericht der Rechtssachverständigen angefordert, der in einer späteren Sitzung erstattet werden soll. Die nächste Zusammenkunft der Hauptdelegierten ist für Donnerstag nachmittag 2,30 Uhr angesetzt."

Die kurze Dauer der Tagung hängt mit einer Besprechung zusammen, die Briand am Vormittag mit dem Reichskanzler auf „ganz neutralem Boden" in Ascona, wenige Kilometer von Locarno entfernt, hatte. Die Besprechung war streng vertraulich. Gleichzeitig konferierte Vandervelde mit Staatssekretär Schubert. Auch über diese Besprechung verlautet offiziell nichts. Von unterrichteter Seite erfahren wir, daß die Besprechungen hauptsächlich der Paktfrage und dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund galten. Der Pakt ist in seiner endgültigen Formulierung fertiggestellt. Schwierigkeiten bestehen noch über den Teil des Westpaktes, der Deutschland zum Abschluß eines Sicherheitsvertrages im Osten verpflichtet. Aber auch hier ist man auf dem besten Wege zu einer Lösung. Einen Ausweg sieht man in einer von belgischer Seite aufgeworfenen Anregung, durch welche die französische Garantierung gegenüber dem deutsch-polnischen Schiedsvertrag einen neuen Charakter erhalten würde. Er dürfte darin bestehen, daß Frankreich formell zwar eine Garantie für Polen übernimmt, aber in jedem Fall einer „flagranten Verletzung" des Vertrages durch Deutschland verpflichtet ist, ein Gremium verschiedener Mächte zur Entscheidung anzurufen. Erst dann soll es berechtigt sein, auf Grund dieser Entscheidung zu handeln. Diese Garantierung soll aber nicht vertragsmäßig festgelegt, sondern lediglich durch eine Erklärung Frankreichs an den Völkerbund zum Ausdruck gebracht werden. Was den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund anlangt, so wird an dem Artikel 16 in Locarno nichts geändert. Man dürfte aber der deutschen Auffassung insofern Rechnung tragen, als die Reichsregierung zunächst berechtigt wird, ihre Bedenken gegen den Paragraphen vor dem Völkerbund zum Ausdruck zu bringen. Außerdem wollen sich die alliierten Mächte durch ein „Gentleman Agrement" — eine ehrenwörtliche Abmachung ohne offiziellen Charakter — verpflichten, innerhalb des Völkerbundes für eine Revision des Artikels 16 zu wirken.

•

Frankreich und der Osten

Paris, 7. Oktober. (Eig. Drahtb.)

Die Havas-Agentur veröffentlicht am Mittwoch abend ein Kommuniqué offiziösen Ursprungs über die Verhandlungen von Locarno, in dem die diplomatische Situation wie folgt gekennzeichnet wird: Das Ziel, das man sich in Locarno gesetzt habe, sei, die Aufrechterhaltung des Friedens am Rhein zu sichern, der seit Jahrhunderten der Schauplatz zahlreicher Konflikte gewesen sei. Das Mittel, mit dem dieses Ziel erreicht werden soll, sei die Ergänzung der einschlägigen Bestimmungen des Friedensvertrages durch neue Garantien. Zu diesem Zwecke verpflichten sich Deutschland sowie Frankreich und Belgien, die ihnen auf Grund des Versailler Friedensvertrages gemeinsamen Grenzen sowie die darin vorgesehene Neutralisierung der Rheinzone zu respektieren. Zu gleicher Zeit erklären diese Mächte sich zum Verzicht auf jede Gewaltanwendung bereit mit Ausnahme des Falles, daß eine von ihnen die eingegangenen friedlichen Verpflichtungen verletzen sollte. Die Neuheit des Systems, das man in Locarno aufzurichten bemüht sei, bestehe darin, daß es vollständig auf der Idee der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit für alle Konflikte sowohl rechtlicher als politischer Natur beruhe, die zwischen den vertragschließenden Parteien entstehen könnten. Vom Abschluß des Vertrages an würde die Regelung aller Differenzen entweder Schlichtungsorganen wie dem Internationalen Gerichtshofe, oder besonderen Schiedsrichtern zu unterbreiten sein, die die Möglichkeit hätten, jederzeit an den Völkerbund zu appellieren. In diesem Verfahren werde der Völkerbund die bedeutsame Rolle spielen, die ihm durch seine eigenen Satzungen vorbehalten worden sei derart, daß er zu intervenieren habe, falls eine der Parteien sich der Anrufung des Schiedsverfahrens oder der Ausführung einer schiedsrichterlichen Tendenz widersetzen sollte. Weiterhin würde der Völkerbund mit jeder Anwendung von Gewalt am Rhein oder jeder Verletzung der entmilitarisierten Zone zu befassen sein, wobei jedoch jede der interessierten Mächte im Falle eines flagranten und nicht provozierten Angriffs das Recht zu sofortigen Verteidigungsmaßnahmen behalte, bis der Völkerbund offiziell den Angriff konstatiert und die durch die Situation gebotenen Maßnahmen ergriffen habe. Die ausschlaggebende Rolle, die in diesem Sicherheitssystem dem Völkerbund vorbehalten sei, macht es begreiflich, daß der Pakt erst nach dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund in Kraft treten könne, indem Deutschland in den Genuß aller den Mitgliedern des Bundes zustehenden Rechte treten werde. Die Hauptschwierigkeit der gegenwärtigen Verhandlungen bestehe in der Formulierung des Rheinlandpaktes und der Schiedsverträge im Osten, die Deutschland in seinem Angebot vom 9. Februar selbst vorgeschlagen habe. In dieser Frage sei Frankreichs Augenmerk von Anfang an darauf gerichtet gewesen, Polen und die Tschechoslowakei, mit denen es durch gegenseitige Schutz- und Trutzverträge verbündet sei, gegen die Möglichkeit einer Nichtinnehaltung der Schiedsverträge durch Deutschland zu garantieren. Demgemäß dürfte nach französischer Auffassung der Rheinlandvertrag Frankreich unter keinen Umständen hindern, seinen östlichen Verbündeten zu Hilfe zu eilen im Falle, daß Deutschland im Widerspruch mit seinen Verpflichtungen zur Gewalt greife, statt Konflikte, die zwischen ihm und seinen Nachbarn entstünden, der friedlichen Regelung zu unterbreiten. Um diese Formel, die von weittragendsten Folgen für die Zukunft Europas sei, spiele sich gegenwärtig die diplomatische Schlacht in Locarno ab.

•

Benesch eingetroffen

Locarno, 7. Oktober. (Drahtb. unseres Sonderkorresp.)

Die Konferenz nimmt weiterhin einen befriedigenden Fortgang. Am Mittwoch nachmittag ist der tschechische Außenminister in Locarno eingetroffen und hat im Grand-Hotel, dem Sitz der französischen und der englischen Delegationen, mit einem kleinen Stab von Mitarbeitern Wohnung genommen. Er hatte sofort mit Briand eine kurze Besprechung, um sich über den bisherigen Gang der Konferenz zu informieren. Nicht mit Unrecht schließt man aus der vorzeitigen Ankunft, die eigentlich erst für Ende der Woche erwartet wurde, daß die zwischen den Alliierten und Deutschland zu klärenden Fragen so weit gediehen sind, daß eine Erörterung der östlichen Probleme möglich sein wird.

Vom Inflationskonzern zum Riesentrust

Gegenwärtig sind wir Zeugen großer Umwandlungen in unsrer Wirtschaft, die für die Zukunft des deutschen Volkes von großer Bedeutung sind. Auf der einen Seite zerfallen große Konzerne, wie der Stinnes-Konzern, und andre, wie der Stumm-Konzern, kommen nur mit großen Schwierigkeiten über ihre Nöte hinweg. Gleichzeitig aber vollzieht sich in unsrer Industrie eine großartige Zusammenschlußbewegung, durch die von neuem gewaltige Wirtschaftsgebilde geschaffen werden. Im einzelnen ist darüber schon berichtet worden, es sei hier erinnert an die Neuordnung in der Erdölindustrie, an den Zusammenschluß der oberschlesischen Montanunternehmungen, und jetzt ist die Bildung der großen neuen Aktiengesellschaft in der chemischen Industrie erfolgt. Die Verhandlungen über den Zusammenschluß der großen Unternehmungen der Schwerindustrie in Rheinland-Westfalen sind zwar noch nicht abgeschlossen, aber nach den vorliegenden Nachrichten kann kein Zweifel sein, daß auch hier eine Vereinigung zustande kommen wird.

Die Beweggründe, die jetzt zu den Zusammenschlüssen führen, sind anders geartet als die Ursachen, die die großen Inflationskonzerne entstehen ließen. Bezeichnend für diese Inflationskonzerne von Barmat bis Stinnes war die Wahllosigkeit, die häufig bei dem damals üblichen Zusammenramschen aller möglichen Unternehmungen sich zeigte. Insbesondere Stinnes, der große Kaufmann aus Mülheim, kaufte alles, was ihm unter die Hände kam. Nicht nur Bergwerke und Hochöfen, sondern auch Zeitungen und Handelsgeschäfte aller Art. Man hat mit Recht den Stinnes-Konzern als ein großes industrielles Warenhaus bezeichnet. Hingegen hörte man nie etwas davon, daß der große Mann planmäßig versucht habe, durch die technische und organisatorische Neuordnung seiner Unternehmungen die Produktion zu verbilligen. Die Konzernmagnaten hatten so etwas damals auch nicht nötig, weil bei den lächerlich niedrigen Arbeitslöhnen der Inflationszeit unsre Industrie mühelos auf dem Weltmarkt konkurrieren konnte. Heute muß die deutsche Industrie dafür büßen, daß es ihr jahrelang durch die Inflation nur zu bequem gemacht wurde. Jetzt zeigt sich, daß sie die freie Luft des Weltmarktes nur schlecht ertragen kann und unter dem Druck der Not sind unsre Industrieherren gezwungen, nach Wegen zu suchen, um die Leistungsfähigkeit der Industrie zu erhöhen. Während es sich bei den Konzernen der Inflationszeit darum handelte, den papiernen Ueberfluß unterzubringen, sind die neuen Gebilde von heute Kinder der Not. Sowohl bei den Fusionen in der chemischen Industrie wie bei den Zusammenschlußbestrebungen im rheinisch-westfälischen Industrierevier wird das Ziel verfolgt, durch eine planmäßige Arbeitsteilung zwischen den beteiligten Betrieben die Erzeugung zu rationalisieren und damit zu verbilligen. Gestalten sich doch die Produktionskosten um so günstiger, je geringer die Zahl und Verschiedenartigkeit der Erzeugnisse ist, die in einem Betrieb hergestellt werden. Bei der planmäßigen Zusammenarbeit einer Reihe von Betrieben brauchen nicht so viel Rohstoffe und Fertigwaren auf Lager gehalten werden, wie das notwendig ist, wenn jeder Betrieb auf eigene Faust wirtschaftet. Dadurch wird nicht nur an Kosten, sondern auch an dem heute so kostbaren Kapital gespart. Schließlich sollen die Zusammenschlüsse auch die Kreditfähigkeit der Industrie im Ausland erhöhen. Ein völliger Zusammenschluß großer Unternehmungen, wie er jetzt in der chemischen Industrie vollzogen wurde und wie er in der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie geplant ist, ist für die technisch-organisatorische Entwicklung unsrer Industrie viel fruchtbringender als die Kartelle, die heute in unsrer Wirtschaft eine so große Rolle spielen. Die Kartelle verzichten ja in der Regel auf jeden Versuch, die Produktion durch technisch-organisatorische Fortschritte zu verbilligen, sie sind vielfach sogar ein Hemmnis für den industriellen Fortschritt, weil sie durch ihre hohen Preise häufig auch rückständige Betriebe künstlich am Leben halten.

Die Arbeiterschaft hat allen Anlaß, es zu begrüßen, wenn durch eine bessere technische und organisatorische Ausgestaltung unsrer Industrie die Produktionskosten herabgesetzt werden. Die Löhne der deutschen Arbeiter stehen heute auf einer unerträglich niedrigen Stufe, der deutsche Arbeiter lebt sehr viel schlechter als sein englischer oder gar sein amerikanischer Klassengenosse. Nun darf man sich aber darüber keiner Täuschung hingeben, daß eine Besserung der Lage der Arbeiterschaft bloß auf Kosten des Profits nur in beschränktem Maße möglich ist. Wenn es dem amerikanischen Arbeiter besser geht als dem deutschen, so deswegen, weil infolge der besseren Ausgestaltung der amerikanischen Industrie der Wirkungsgrad der menschlichen Arbeit in Amerika höher ist als bei uns. Gerade deswegen ist ja auch die Gewerkschaftsbewegung für die Volkswirtschaft von so großer Bedeutung, weil der von der Arbeiterschaft zur Erreichung höherer Löhne auf die Unternehmer ausgeübte Druck diese zwingt, nach Wegen zu suchen, um trotz höheren

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19251008/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG